Venezuelas Wirtschaft zeigt teils positive Indikatoren für eine Erholung, doch die Frage bleibt: Wurden die Strukturen des Rentierkapitalismus wirklich überwunden? In Teil II der Analyse wird die Rolle des Ölsektors und den öffentlichen Sektor bei den Staatseinnahmen beleuchtet. Trotz Wachstums im Öl- und Bergbausektor zeigt sich eine anhaltende Abhängigkeit von der Rohstoffwirtschaft. Von **Carlos Dürich**.

Öffentlicher Sektor und Ölbranche

Werfen wir nun einen Blick auf die Staatseinnahmen. In Ermangelung besserer Daten über eigene Einnahmen aus Vereinbarungen im Rahmen des Anti-Blockade-Gesetzes und aus dem Export strategischer Mineralien verfügen wir nur teilweise über Informationen über Einnahmen aus der Ölbranche und aus Steuern.

Was den Erdölsektor betrifft, so wissen wir, dass die Produktion bis August dieses Jahres durchschnittlich 894.625 Barrel pro Tag betrug, wobei der Januar mit 841.000 Barrel pro Tag der am wenigsten produktive Monat und der August mit 927.000 Barrel pro Tag der produktivste Monat war, was einen Anstieg der Produktion um etwa 10,2 Prozent bedeutet.

Einige Portale beziffern die Ölverkäufe bis August auf durchschnittlich 708.255 Barrel pro Tag und die Einnahmen des Sektors auf rund 9,7 Milliarden Dollar; leider lassen sich diese Daten aufgrund der Abschottung der Branche nur schwer überprüfen.

Abgesehen von den oben genannten Punkten können wir einige Schlussfolgerungen ziehen. Nach Angaben der Regierung respektieren alle für die Erdölförderung unterzeichneten Verträge das geltende Organgesetz über Kohlenwasserstoffe, was gemäß Artikel 44 des genannten Gesetzes bedeutet, dass zwischen 20 und 30 Prozent der Erdölförderung als Lizenzgebühren an den venezolanischen Staat abgeführt werden müssen. Wenn dies zutrifft, würden täglich zwischen fast 179.000 Barrel Öl und etwas mehr als 268.000 Barrel Öl ohne irgendwelche Kosten an den Staat geliefert werden.

Offiziellen Angaben zufolge lag der Preis für venezolanisches Merey-Rohöl von Januar bis August im Durchschnitt bei 68,65 Dollar pro Barrel; das bedeutet, dass die 179.000 Barrel Öl etwas mehr als 12,2 Millionen Dollar pro Tag und die etwas mehr als 268.000 Barrel über 18,4 Millionen Dollar pro Tag an Einnahmen für den Staat bedeutet hätten.

Um mich vor einigen Analytikern und Wahrheitspriestern zu schützen, die mich als Demagogen bezeichnen könnten, berechne ich dieselben Einnahmen unter Berücksichtigung der Abschläge, die unser Öl aufgrund der einseitigen Zwangsmaßnahmen erlitten hat und die sich auf etwa 25 Prozent belaufen, d.h. unser Merey-Rohöl wäre nicht zu

einem Durchschnittspreis von 68,65 Dollar, sondern zu 51,4 Dollar pro Barrel verkauft worden. Das bedeutet, dass die 12,2 Millionen eigentlich nur 9,2 Millionen Dollar pro Tag und die 18,4 Millionen eigentlich nur knapp 13,8 Millionen Dollar pro Tag bedeuten.

Im schlimmsten Fall, wenn man den niedrigsten möglichen Wert von 9,2 Millionen pro Tag annimmt, hätten wir bei 243 Tagen zwischen dem 1. Januar und dem 31. August Einnahmen in Höhe von über 2,235 Milliarden Dollar allein an Lizenzgebühren bis zum August. Dazu kommen noch die in Artikel 48 beschriebenen Steuern und die Dividenden aus der Beteiligung als Mehrheitsaktionär an PDVSA. Damit könnten die Einnahmen bis August auf rund vier Milliarden steigen.

Auf einer anderen Seite war die Steuererhebung in diesem Jahr bisher sehr erfolgreich und überstieg bis August 8,7 Milliarden Dollar, was zum Teil auf die Ausweitung des Ölgeschäfts und die Zunahme der internen Dynamik des Finanz-, Öl- und Bergbausektors zurückzuführen ist. Dies wird durch den Rückgang der Mehrwertsteuer (MwSt.) bei der Zusammensetzung der Steuererhebung deutlich, die in diesem Jahr bisher durchschnittlich weniger als 30 Prozent der Einnahmen ausmachte. Letzteres zeigt, dass die Einnahmen derzeit schneller wachsen als der Konsum.

Wenn wir beide Daten kombinieren und die steigenden Trends bei den Steuereinnahmen und die guten Aussichten, die einige Analysten für den Ölmarkt nach den Zinssenkungen der Federal Reserve sehen, betrachten, könnten wir davon ausgehen, dass die Staatseinnahmen 20 Milliarden Dollar erreichen könnten, was deutlich über den 11,98 Milliarden Dollar im Jahr 2023 liegen würde. Wir müssen an dieser Stelle über das Einkommen der Angestellten im öffentlichen Sektor sprechen. Bis 2023 betrug es im Durchschnitt etwa 85 Dollar pro Monat an Gesamteinkommen, fast ausschließlich Bonuszahlungen, und obwohl es im Mai dieses Jahres auf 130 Dollar anstieg, deuten die Daten darauf hin, dass es etwa 170 Dollar betragen könnte, ohne Ungleichgewichte zu erzeugen oder die öffentlichen Kassen zu leeren.

Es ist jedoch zu betonen, dass diese Erhöhung nicht ausreichen würde, wenn die Politik der Bonuszahlungen fortgesetzt wird. Weder der Lebensmittelbonus noch der Bonus für den Wirtschaftskrieg sind Vergütungen, die zur Berechnung der Sozialleistungen gemäß den Bestimmungen von Artikel 105 des Gesetzes über Arbeit, Arbeiter und Arbeiterinnen (LOTTT) beitragen.

Durch die Erhöhung der Zulage im Vergleich zum Grundgehalt wird der Prozentsatz des Einkommens, der für die Berechnung von Leistungen und anderen Arbeitsleistungen aufgrund von Dienstalter und Verbindlichkeiten berücksichtigt wird, verringert. In diesem

Sinne handelt es sich um eine regressive Maßnahme. die den Anteil der Arbeit an Gebrauch und Genuss des gesellschaftlich produzierten Reichtums verringert. Dies setzt auch den Grundsatz von Titel III des LOTTT, der auf den Schutz der gerechten Verteilung des Reichtums und der Arbeitsbedingungen abzielt, völlig außer Kraft. Einige haben in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit hingewiesen, ein Anti-Blockade-Gesetz für Arbeitnehmer zu entwickeln, um diese Probleme zu lösen. Ich persönlich bin der festen Überzeugung, dass eine Einhaltung des bestehenden Gesetzes das Ziel sein sollte und dieses nicht einfach umgangen werden sollte, unabhängig davon, ob dies mit guten Absichten geschieht oder nicht.

Die Post-Rentierwirtschaft

Die Zentralbank BCV hat vor Kurzem eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der sie über das beträchtliche Wachstum unserer Wirtschaft seit dem zweiten Quartal 2021 berichtet, das bis zum zweiten Quartal dieses Jahres anhielt. Dabei schätzt sie das Wachstum des letzten Halbjahres auf über acht Prozent, was auf die Aktivierung der verschiedenen Wirtschaftssektoren zurückzuführen ist.

Eine genauere Betrachtung der Sektoren, die dieses Wachstum angekurbelt haben, zeigt folgende Ergebnisse: Der Sektor mit der größten Dynamik in diesen 13 Quartalen war der Ölsektor mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 18,7 Prozent, gefolgt vom verarbeitenden Gewerbe mit 17,3 Prozent, an dritter Stelle steht der Bergbau mit durchschnittlich 12,9 Prozent in den etwas mehr als drei vergangenen Jahren, und an vierter Stelle die Finanzaktivitäten mit 10,8 Prozent. Der Nicht-Öl-Sektor liegt innerhalb der durchschnittlichen BIP-Wachstumsrate von rund 8,3 Prozent, seit 2021.

Dies bestätigt weiterhin die Hypothese der Abhängigkeit des Nicht-Ölsektors vom Ölsektor. Es verdeutlicht auch die Dynamik, die das vom BCV beschriebene Wachstum antreibt, das hauptsächlich vom Primär- und Tertiärsektor getragen wird.

Die Frage, die noch zu beantworten ist, lautet: Haben wir den Rentierkapitalismus wirklich überwunden?

Über den Tellerrand schauen?

Um die Dynamik des Rentierkapitalismus und die Art und Weise zu verstehen, wie der Staat, der große Eigentümer der internationalen Ölrente, von der transnationalen und nationalen Bourgeoisie ausgeplündert wird, müssen wir die drei Hauptmechanismen der Aneignung verstehen, die von Professor Asdrúbal Baptista erläutert werden: 1. Der Kreislauf von

Importen auf dem heimischen Markt und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf das Preisniveau[1] und damit das Import- und Vertriebsmonopol der Bourgeoisie. 2. Die Aneignung immer größerer Einnahmenvolumina durch die indirekte Steuerung der Wechselkurse[2] der internationalen Devisen.[3] 3. Schließlich die Forderung nach immer niedrigerer Steuerlast und immer mehr Protektionismus für ihre Industrien[4].

Zweifellos sind einseitige Zwangsmaßnahmen eine Möglichkeit, sich die internationalen Öleinnahmen anzueignen; die an Chevron und Repsol vergebenen Vermarktungslizenzen gehören zu den Mitteln, mit denen dies geschieht, aber darüber hinaus profitiert auch die nationale Bourgeoisie von diesen Formen der Einnahmenverteilung, indem sie die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen monopolisieren kann.

An dieser Stelle lohnt es sich, an den Wirtschaftswissenschaftler Michał Kalecki und seinen berühmten Aufsatz “Kosten und Preise” (1954) zu erinnern. Kalecki stellt zwei Arten der Preisbestimmung auf dem kapitalistischen Markt fest – die erste durch die Kosten und die zweite durch die “Nachfrage”. In beiden Fällen geht es im Wesentlichen darum, die Spanne zwischen den direkten Gemeinkosten (Löhne, Rohstoffkosten und Investitionen in Anlagekapital) und den Bruttoeinnahmen (Gewinn) zu füllen.

In einem System des vollkommenen Wettbewerbs berücksichtigen die Unternehmen bei der Preisfestsetzung sowohl die direkten Kosten als auch die von anderen Unternehmen auf dem Markt festgesetzten Preise. Wenn die Marktpreise die direkten Stückkosten des Unternehmens übersteigen, wäre das Unternehmen gezwungen, seine Produktionskapazität voll auszulasten, was das Verhältnis zwischen Kosten und Preis senkt. Kalecki nannte dies „durch die Produktionskosten bestimmte Preise”. Kalecki argumentiert jedoch, dass im kapitalistischen System die partielle Nutzung der Produktionskapazitäten vorherrscht und nicht ihre volle Auslastung, was bedeutet, dass die Spanne zwischen Kosten und Gewinn nicht nach dem Prinzip des vollkommenen Wettbewerbs und der Produktionssteigerung, sondern durch die Festsetzung von Preisen geregelt wird.

Auf einem Markt mit unvollkommenem Wettbewerb mit Oligopolen und Monopolen, einer konstanten und logischen Situation im Kapitalismus, werden die Preise auf der Grundlage der wirtschaftlichen Macht der Monopole nach dem Prinzip des von Kalecki so genannten “Gewinnschutzes” festgelegt:

„Wenn die Gemeinkosten im Verhältnis zu den direkten Kosten erheblich ansteigen, wird der Gewinn zwangsläufig sinken, es sei denn, das Verhältnis zwischen Bruttoerlösen und Selbstkosten kann erhöht werden. Infolgedessen kann es in einem bestimmten Wirtschaftszweig zu einer taktischen Übereinkunft zwischen den Unternehmen kommen, die

Gewinne zu ‘schützen’ und daher die Preise im Verhältnis zu den direkten Stückkosten zu erhöhen.”[5]

Unter solchen Bedingungen können diese Unternehmen den Preis höher ansetzen, ohne dass sie die Gewinnspanne ihrer Produktion erhöhen müssen. Bei dieser Dynamik wird das Gesetz von Angebot und Nachfrage bedeutungslos, weil die Nachfrager bei den Anbietern keine Transparenz finden. Das Angebot wird ebenso aufgezwungen wie der Preis.

Die Dynamik des Umsatzwachstums, die geringe Schaffung von Arbeitsplätzen und die Tatsache, dass die relativen Löhne hinter den realen Preisen zurückbleiben, zeigen einfach den Kalecki-Effekt in unserer Wirtschaft und die Art und Weise, wie die Preissteuerung es ermöglicht, mehr Einkommen zu absorbieren.

Ebenso zeigt die ständige Devisennachfrage eines industriellen Sektors und einer nicht exportierenden Bourgeoisie – der Beleg für die bereits nachgewiesenen Defizite des Nicht-Öl-Wirtschaftssektors in den Handelsbilanzen mit unseren wichtigsten Partnern –, wie die Platzierung der Ressourcen des Ölsektors in den Devisenbüros weiterhin eine Form des Transfers von internationalem Einkommen an diesen Sektor darstellt. Wenn das nicht stimmt, bitte ich die Wahrheitspriester und die Technokraten der BCV, zu zeigen, woher unsere patriotische Bourgeoisie die Dollars bekommt, mit denen sie auf dem internationalen Markt einkauft, wenn nicht von den mit Erdöldollars gefütterten Wechselstuben, wo die BCV zwar nicht der einzige, aber der wichtigste Einzelanbieter ist.

Ein letztes Zeichen für den Einnahmetransfer ist die Verringerung der Steuerlast, denn trotz der ständigen Klagen des Unternehmenssektors über die Steuerlast führen die von der Exekutive durchgeführten Maßnahmen tatsächlich zu ihrer Verringerung. Das Organgesetz über die Sonderwirtschaftszonen (2022), das Organgesetz über die Koordinierung und Harmonisierung der Steuerbefugnisse der Teilstaaten und Gemeinden (2023), das Gesetz über die Förderung von Nicht-Öl-Exporten (2024) und andere Tarifkodizes und fiskalische Beihilfen, die in den letzten Jahren gewährt wurden, zeigen, dass hinter der Rhetorik der Steuerordnung und der Modernisierung in Wirklichkeit eine Verringerung der Steuerlast für diesen Sektor steht.

Repolitisierung und transparente Bewertung der Einnahmen

Das jüngste Gesetz zur Förderung von Nicht-Öl-Exporten, das im Juli dieses Jahres verabschiedet wurde, fordert in Artikel 29 die Schaffung einer statistischen Einheit zur Analyse von Nicht-Öl-Exporten. Diese Instrumentierung des Gesetzes wäre von entscheidender Bedeutung, sowohl um die Fehlerhaftigkeit des hier Beschriebenen

aufzudecken als auch um es zu bestätigen. Im wirtschaftlichen Bereich ist die Information für die beteiligten Akteure von zentraler Bedeutung; sie müssen wissen, wer auf dem nationalen Devisenmarkt kauft und wer verkauft. In diesem Sinne müssen über den einfachen Hinweis auf die Transaktion hinaus (wobei sich diese auf die Summe aller Käufe und Verkäufe und nicht unbedingt auf die tatsächlichen Käufe und Verkäufe beziehen kann) die tatsächlichen Volumina angegeben werden, und die BCV muss das Verhältnis zwischen ihren Devisenverkäufen und der Liquidität klären.

Ebenso muss der Zugang zu Daten über die Ölindustrie wieder geöffnet werden. Seit 2016 hat es keinen Managementbericht mehr gegeben. Ich weiß, dass viele hier einwenden werden, dass es aufgrund von Zwangsmaßnahmen unmöglich oder gefährlich ist, diese Informationen offenzulegen; die Wahrheit ist, dass, wenn PDVSA dies nicht tut, Portale wie *Reuters* dies am Ende tun werden, mit mehr Lügen als Wahrheiten.

Ein Teil der Korruptionsfälle, die die Branche in letzter Zeit erlebt hat, ist zu einem großen Teil auf ihre Abschottung zurückzuführen. Ihre Bestimmung muss neu politisiert werden. Die venezolanischen Öleinnahmen und das Öl sind von solcher Bedeutung, dass ihre Verwaltung nicht länger dem Ermessen von Industriebeamten und Beratern überlassen werden kann. Wir müssen den Zustand der Lagerstätten, die Leistung der Bohrungen, die Probleme an den Verladestellen oder den Zustand der Öl- und Gaspipelines, den Zustand der Raffinerien und die Bedingungen der mit den verschiedenen transnationalen und nationalen Unternehmen unterzeichneten Verträge genau kennen.

Man muss wissen, welchen Zweck die Investitionen von Chevron haben und was zum Beispiel für Campo Boscán, eines der großen Ölfelder in Venezuela, geplant ist. Außerdem ist es wichtig, die verschiedenen Bereiche des nationalen Lebens für diese Fragen zu sensibilisieren.

Die Post-Rentierwirtschaft wird nicht durch Abschottung oder Dämonisierung der Einnahmen aufgebaut. Sie wird aufgebaut, indem man die Mechanismen ihrer Wirkung in der Wirtschaft versteht und ihre Veränderung oder Überwindung fordert, indem man mit Unternehmern und Technokraten darüber diskutiert, ob der Rentierstaat wirklich überwunden wird oder ob lediglich neue Mechanismen für seine private Aneignung entwickelt werden.

So hat zum Beispiel bis heute der nationale Unternehmer bisher mehr Devisen aus Einnahmen erhalten als die Kommunen. Erinnern wir uns daran, dass die Mittel, die in den letzten beiden Konsultationen für die mehr als 4.500 Projekte bereitgestellt wurden, aus Steuereinnahmen und nicht aus einem Anteil an den Öleinnahmen stammen. Es wäre

sinnvoll, eine ähnliche Beteiligung an diesen Mitteln zu fordern, wie sie der Unternehmenssektor seit dem Inkrafttreten des neuen Wechselkurssystems am 7. September 2018 hat.

Wie immer werden diese und andere Möglichkeiten der Verwendung der Öleinnahmen (internationaler Mehrwert) von den Fähigkeiten, Druck auszuüben und der Dynamik des Klassenkampfes abhängen; das Projekt einer Post-Rentierwirtschaft muss jedoch seiner Vergesellschaftung und nicht seiner indirekten und heimlichen Privatisierung den Vorrang geben.

Übersetzung: Susanne Schartz-Laux, Amerika21

Titelbild: Shutterstock / MillaF

Mehr zum Thema:

Venezuelas Wirtschaft: Zahlen, Wahrheiten und große Lügen (I)

Neue Studien zu Venezuela: US-Sanktionen sind für die Bevölkerung tödlich

Venezuela: Sanktionen, Einflussnahme und Souveränität

Venezuela: Der aufsteigende Pfad der Revolte

[«1] Asdrubal Baptista. Teoría económica del capitalismo rentístico. Caracas: Editorial del Banco Central de Venezuela (BCV), 2010, S. 152-156.

[«2] Asdrúbal Baptista. Ob. cit., S. 160-167.

[«3] Interessant ist, wie Baptista den Wechselkurs als einen Mechanismus der Einkommensverteilung bezeichnet und ihn als “friedlich und popular” definiert. In seiner Theorie fehlt also das Konzept des Klassenkampfes. Hätte er diese Klarheit gehabt, hätte er sicherlich den Wirtschaftskrieg vorausgesehen, das logische Ende des Einnahmenstreits,

den seine Theorie beschreibt.

[«4] Asdrúbal Baptista. Ob. cit., S. 180.

[«5] Michał, Kalecki. Ensayos escogidos sobre dinámica de la economía capitalista. Editorial Fondo de Cultura Económica. Mexiko, S. 65.